

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

11.1.1913 (No. 10)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N^o 10

Samstag, den 11. Januar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Herrschpach-
anfluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 4. Januar 1913 gnädigt bemogen gefunden, dem Königlich Bayerischen I. Postillon Joseph Welfer in München die kleine goldene Verdienstmedaille und dem Königlich Bayerischen Hoflakaien Joseph Bräuninger daselbst die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 3. Januar 1913 gnädigt geruht, den Regierungsdirektor Dr. Konstantin von Bayer-Chrenberg aus Ulm unter Verleihung des Titels Amtmann der Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues als Beamten beizugeben.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 28. Dezember 1912 gnädigt geruht, die nachgenannten Beamten landesherrlich anzustellen:
den Gemeindeführer Rudolf Dittmann in Karlsruhe, die Revisionen Robert Williard, Joseph Kamp und Jakob Bräuninger in Karlsruhe, Ernst Götz in Mosbach und Friedrich Götz in Buchen unter Ernennung zu Oberrevisoren;

die Registratoren Emil Hitz und Heinrich Frey in Karlsruhe, Wilhelm Böing in Überlingen, Gabriel Buscher in Bühl, Philipp Engler in Forstheim, Georg Eisenhauer in Oberkirch, Karl Wäcker in Konstanz und Karl Fischer in Mühlheim unter Ernennung zu Oberverwaltungssekretären;

den Bauzeichner Heinrich Thomas in Karlsruhe unter Ernennung zum Oberbauzeichner;
die Bausekretäre Max Nuner in Waldshut, Alois Hirt in Konstanz und Gustav Schönberger in Offenburg unter Ernennung zu Oberbausekretären.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 28. Dezember 1912 gnädigt geruht, den Professor Albert Kreuzer am Gymnasium in Durlach in gleicher Eigenschaft an die Lessingstraße — Höhere Mädchenschule mit Gymnasialabteilung — in Karlsruhe zu versetzen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 30. Dezember 1912 wurde dem Ober-Telegraphenassistenten Heinrich Keller in Mannheim der Titel Telegraphensekretär verliehen.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 30. Dezember 1912 wurde Finanzsekretär Ernst Kistner bei der Evang.-kirchl. Stiftungsverwaltung Karlsruhe zu jener in Offenburg, Finanzsekretär Emil Müller beim Evang. Oberkirchenrat zu Evang. Stiftschaffnei Mosbach, beide in gleicher Eigenschaft, versetzt.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 30. Dezember 1912 wurde dem Finanzsekretär Hugo Maas bei der Evang. Stiftschaffnei Mosbach unter Verletzung desselben zum Evang. Oberkirchenrat die Stelle eines Bureaubeamten bei Zentralverwaltungen mit der Amtsbezeichnung Revisor übertragen.

Die Friedrichsapotheke in Karlsruhe betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Friedrichsapotheke in Karlsruhe ist infolge Ablebens des Inhabers in Erledigung gekommen.

Dieselbe wird hiermit mit dem Anfügen zur Bewerbung ausgeschrieben, daß der neue Inhaber die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine — nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzusetzende — Vergütung zu übernehmen hat.

Bewerbungen sind binnen 14 Tagen unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 7. Januar 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

S. A.:

H. Ad.

Dr. Haber.

Verstorben:

am 28. Dezember v. J.: Leonhard, Eduard, Rechtsanwält in Heidelberg.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 10. Januar.

Die Balkankrise.

Die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß sind neuerdings zusammengeschrumpft. Die Pforte hat an ihre Botschafter im Auslande ein Zirkular gerichtet, worin diese verständigt werden, daß, falls die Balkan-Delegierten nicht bis Ende der Woche die Friedensvorschläge der Türkei annehmen, die ottomanischen Delegierten unverzüglich aufgefordert werden würden, nach Konstantinopel zurückzukehren. Die Pforte sei fest entschlossen, ihren Standpunkt hinsichtlich Adrianopels und der Inseln aufrecht zu erhalten, weil die zugestandenen Opfer bereits die äußerste Grenze erreicht hätten. Auch die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen in London ständen und Dr. Danew wünscht in dieser Angelegenheit durch einen anderen bulgarischen Politiker abgelöst zu werden. Die hierdurch unvermeidliche neuerliche Verzögerung erhöht, einem Telegramm aus Bukarest zufolge, die ohnehin vorhandene Spannung des rumänischen Volkes.

Je länger übrigens die Londoner Konferenzen dauern, desto mehr Probleme ergeben sich. Zur Inselfrage wird dem „Temps“ aus London gemeldet, daß der französische Botschafter Paul Cambon in der Botschafterversammlung von neuem entschieden dafür eintreten werde, daß die Inseln des Ägäischen Meeres Griechenland belassen werden und zwar aus drei Gründen: 1. weil es der einmütige Wunsch der Bevölkerung sei, 2. weil es den nationalen Privilegien entspreche, 3. weil hierdurch die Verteilung der türkischen Gebiete unter die Balkanverbündeten erleichtert werde. Demselben Blatte wird aus Athen telegraphiert, man sei daselbst über die Haltung Italiens in der Inselfrage sehr befreut, weil die italienische Regierung im Gegensatz zu der Mehrheit der Mächte der Ansicht sei, daß die wichtigsten Ägäischen Inseln der Türkei bleiben sollen. Man glaube zwar nicht, daß Italien daran denke, gegenwärtig eine dieser Inseln zu beanspruchen; denn Venizelos habe in dieser Hinsicht im Dezember in Rom von Giolitti und Mar-chesi di San Giuliano kategorische Versicherungen erhalten; aber immerhin frage man sich, ob Italien nicht irgendwelche Hintergedanken für sich beuge.

Zur Lage auf dem Kriegsschauplatz wird noch gemeldet:

Sofia, 9. Jan. Da der türkische Kriegsminister Nazim Pascha um eine Unterredung mit dem General Samoff gebeten hatte, begab sich dieser nach Bagdad. Nazim Pascha wurde von dem Minister des Äußern Noradunglian begleitet. Die türkischen Minister verlangten die Bewilligung zur Verproviantierung von Adrianopel. General Samoff antwortete, diese Frage werde durch das Waffenstillstandsprotokoll geregelt. Auch die Frage des Besitzes von Adrianopel wurde von den Türken aufgeworfen. Samoff erklärte, diese Angelegenheit falle in die Kompetenz der Friedensdelegierten in London.

Wien, 9. Jan. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, haben die Konsuln Prohaska und Tazy die amtliche Weisung erhalten, sich wieder auf ihre Posten in Prizrend und Mitroviça zu begeben. Dort soll ihnen die von Serbien verlangte und zugestandene Ehrenbezeugung erwiesen werden.

Paris, 9. Jan. Bezüglich der Neutermeldung, daß Serbien beschloßen habe, sofort nach der Unterzeichnung des Friedens seine Truppen von der adriatischen Küste zurückzuziehen, erklärt der serbische Delegierte Novakowitsch dem Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ unter anderem: „Wir haben diese Gebiete unter großen Opfern an Gut und Blut besetzt. Da aber die Mächte erklärt haben, daß sie ein autonomes Albanien wünschen und nicht wollen, daß Serbien in den territorialen Besitz eines Adriahafens gelangt, haben wir uns loyal gefügt. Zudem wir uns der Entscheidung der Mächte unterworfen haben, haben wir gleichzeitig beweisen wollen, daß wir in guten Beziehungen zu unserem mächtigen Nachbarn Österreich-Ungarn leben wollen. Wir werden demnach nicht bloß die adriatische Küste, sondern alle westlich der Seen und des Drin gelegenen Gebiete räumen, weil diese dem künftigen Albanien angehören sollen. Aber gleichzeitig erklären wir laut, daß die von unseren Truppen östlich des Drin besetzten Punkte, wie z. B. Dibra

und Prizrend usw., Serbien verbleiben sollen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mächte unsere Gesichtspunkte und unsere loyalen und gerechten Wünsche unterstützen werden. Serbien hat einen neuen Beweis dafür erbracht, daß es, soweit es in seinen Kräften steht, zu einer raschen Regelung der schwebenden heiklen Fragen beitragen will. Wir hoffen, daß man dies berücksichtigen wird.“

Reichstag.

Berlin, 9. Januar.

Präsident Dr. Rämpf eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betr. den Wagenmangel. Abg. Freiherr v. Camp (Reichsp.) führt aus: Bei der ganzen Kalamität handelt es sich lediglich um die Schwierigkeit, dem Industriegebiet die nötige Anzahl Wagen zuzuführen. Die Wagennot ist entstanden aus den unzulänglichen Gleisanlagen und den zu kleinen Bahnhöfen. Der Redner verspricht sich von einem Reichs-Eisenbahngesetz keinen Vorteil, auch sei die Schaffung eines solchen eine schwierige Sache.

Abg. Rumm (Wirtsch. Bgg.) bedauert, daß die Arbeiterschaft zu den Konferenzen im Ruhrgebiet nicht hinzugezogen wurde.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Wackerzapp weist den Vorwurf, daß die Eisenbahnverwaltung die Verkehrssteigerung nicht vorausgesehen hätte, während sie es hätte tun können, zurück. Bei den Ursachen der Kalamität handelt es sich in erster Linie um eine außerordentliche Verkehrssteigerung. Es trifft nicht zu, daß auch heute noch Wagenmangel besteht. Seit Mitte Dezember liefen sogar im Ruhrgebiet leere Wagen.

Der Sozialdemokrat Dittmann tritt für ein Reichseisenbahngesetz ein.

Abg. Dr. Wittger (natl.) erkennt die Maßnahmen des Eisenbahnministeriums an, das für die Vermehrung des rollenden Materials erhebliche Mittel gefordert hat.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Wackerzapp widerlegt die Behauptung, daß die Güternagen aus militärischen Gründen zurückgehalten worden seien.

Damit schließt die Besprechung. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. Schwabach (natl.) und Dr. Werr (Zentr.) werden für gültig erklärt. Dann folgt die Beratung der von der Wahlprüfungskommission bei der Wahl in Schwob gefaßten Resolution, den Reichstanzler zu ersuchen, den Wahlkommissär dieses Wahlkreises auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise hinzuweisen. Die Resolution wird gegen die Reichspartei angenommen. Bei der nun folgenden Beratung über die Denkschrift betr. die Beamtenorganisation der Reichspost und der Telegraphenverwaltung führt der Abg. Ebert (Soz.) aus, die Einrichtung der gehobenen Unterbeamtenstellen habe große Unzufriedenheit hervorgerufen. Bei der jetzt bestehenden größeren Verwendung weiblicher Hilfskräfte handele es sich um eine Lohnrückerei schlimmster Sorte. Auch die mittleren Beamten würden nur wenig aufgebessert. Sodann beantragt er Verweisung der Denkschrift an die Budgetkommission. Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1.50 Uhr vertagt. Vorher kurze Anfragen. Schluß 1/6 Uhr.

Dem Reichstanzler ist folgende Anfrage des Abgeordneten Müller-Meinigen zugegangen: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß Verabredungen mit der römischen Kurie oder einer anderen Kirchenbehörde die Befegung von Lehrstellen der philosophischen Fakultät der Universität Straßburg i. Elsaß nach konfessionellen Rücksichten bestehen? Für den Fall der Bejahung dieser Frage: Was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, um die Aufhebung einer solchen Abmachung zu erleichtern?

Auf die Anfrage des Abgeordneten Werner-Gieken etwa folgende Antwort des Reichstanzlers eingegangen: Dem Erlass reichsgesetzlicher Vorschriften über das betäubungslose Töten der Schlachttiere, insbesondere dem reichsgesetzlichen Verbot des Schächterns, stehen grundsätzliche Bedenken entgegen, weil es sich dabei um Fragen handelt, deren Regelung zur Zuständigkeit der einzelnen Staaten gehört. Es wird daher nicht beabsichtigt, ein reichsgesetzliches Verbot des Schächterns in die Wege zu leiten.

Weiter ist dem Reichstag folgende Anfrage des Abgeordneten Gentel (Sozialdemokrat) zugegangen: Haben Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionsvertrages begonnen und wie weit sind sie gediehen? Beabsichtigt der Herr Reichstanzler, die Verhandlungen auch auf andere Abteilungen und zwar nach dem Gesichtspunkte der Mindestforderungen für gleiche Leistungen auszuweiten?

Die Volksversicherung.

Die „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart schreibt über dies wahrhaft aktuelle, von uns bereits mehrfach behandelte Thema u. a.:

Es wird in der bürgerlichen Welt noch viel zu sehr übersehen, wie die Sozialdemokratie, im Gegensatz zu früher, alle Instrumente der bürgerlichen Gesellschaft

benutzt, um sich Einfluss und Herrschaft zu sichern. Hierzu gehört vor allem das wichtige Gebiet der Volksversicherung. Man versteht im speziellen darunter die kleinere Versicherung bis zum Kapitalbetrage von 1500 bis 2000 Mark aufwärts, bei Verzicht auf vorangehende ärztliche Untersuchung. Dieser Zweig der Versicherung ist in Deutschland erst in neuerer Zeit mehr in Aufnahme gekommen und der weiteren Entwicklung noch in hohem Maße fähig und bedürftig. Es besteht darüber unter Sachkennern kein Zweifel, auch in der Richtung, daß es gilt, den unter dem Einfluß der Sozialgesetzgebung vielfach eingeschläfert Gedanken der Selbsthilfe und das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit bei den beteiligten Bevölkerungsklassen wieder kräftiger zur Geltung zu bringen. Wie lebhaft das Bedürfnis ist, sieht man daraus, daß neben den privaten und öffentlichen Anstalten soeben die Sozialdemokratie sich anschickt, in Form einer bereits gegründeten großen Aktiengesellschaft als Gegenstand der Volksfürsorge die Volksversicherung über ganz Deutschland zu betreiben. Es ist nicht abzusehen, weshalb es der Sozialdemokratie nicht gelingen sollte, die gesetzlichen Konzessionsbedingungen zu erfüllen, die nach Lage der Gesetzgebung für die Erteilung der Konzession zum Versicherungsbetriebe allein maßgebend sind. Für die Durchführung des Unternehmens steht dann in den sozialdemokratischen Gewerkschaften und anderen Organisationen ein Heer von circa 45 000 Agenten zur Verfügung. Gelingt aber dieser Plan, so erwächst der Sozialdemokratie ein neues, äußerst bedeutames Machtmittel. Der wirtschaftliche Einfluß, der schon jetzt durch sozialdemokratische Gewerkschaften, eingeschriebene Hilfskassen und Genossenschaften geübt wird, würde in bedenklicher Weise verschärft werden.

Es ist das Verdienst eines von Ministerialdirektor a. D. Dr. Hermes in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Artikels, auf diese Dinge und Zusammenhänge mit aller Energie hingewiesen zu haben. Es erscheint geradezu als Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Mittel und Kräfte zur Bekämpfung dieser sozialdemokratischen Organisation zusammenzufassen; leider sehen wir bis jetzt das Bild einer völligen Zersplitterung. Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten und eine vor zwei Monaten aus 22 großen privaten Lebensversicherungsgesellschaften für die Volksversicherung begründete Aktiengesellschaft, die faktischmäßig die Verzinsung ihres Aktienkapitals auf 4 v. H. beschränkt, stehen im Begriff, konkurrierende Organisationen zu schaffen. Zwei große Lebensversicherungsgesellschaften, die auf dem Gebiete der Volksversicherung die weitaus größten Erfolge erzielt haben, stehen ganz abseits und haben sich dem Unternehmen der übrigen Gesellschaften nicht angeschlossen. Der Deutsche Kriegerbund mit seinen Millionen von Mitgliedern und 31 000 Vereinen hat neuerdings auf dem Boden der Gegenseitigkeit ebenfalls die Volksversicherung organisiert und nimmt auch Arbeiter aus Staatsbetrieben und Mitglieder väterlicher Arbeiterorganisationen in die Versicherung auf. Zu nennen ist endlich die dem gemeinnützigen Betriebe der Volksversicherung seit 1 1/2 Jahren dienende Vereinsbank in Düsseldorf, bei der ein Teil der nationalen Arbeiterschaft und der evangelischen Arbeitervereine versichert ist.

Es ist klar, daß ohne eine gewisse Zusammenfassung dieser Bestrebungen Reibungen unvermeidlich sind und eine Zersplitterung an Mitteln und Kräften eintreten muß, die nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann. Am dringlichsten ist jetzt der Versuch, zwischen dem Verbände der öffentlichen Anstalten und der neuen Gründung der Privatlebensversicherungsgesellschaften eine Einigung herbeizuführen. Sind auch die allgemeinen Gegenstände unüberbrückbar, so ist doch nicht abzusehen, weshalb nicht auf dem speziellen Gebiete der Volksversicherung eine Vereinbarung möglich sein sollte. Ohne eine gewisse organische Verbindung der im übrigen selbständigen Organisationen würde allerdings der Gedanke einer Einigung praktisch nicht durchführbar sein. Aber wir haben z. B. in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung eine Gesellschaftsform, die elastisch und lose genug ist, um den verschiedenartigsten Zwecken sich anzupassen und die zugleich eine dem Aktienrecht unbekannte Sonderstellung einzelner Gesellschafter ermöglicht. Zahlreiche Abmachungen zwischen Kommunen und großen Industrieunternehmen haben diese Gesellschaftsform angenommen.

Ob man die Ziele einer solchen Vereinigung enger oder weiter setzen will, sie bloß auf eine Kartellierung und die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen einstellen will, oder auch auf eine gewisse Arbeits- und Interessengemeinschaft, z. B. die Rückversicherung, ist vorerst nebensächlich. Worauf es ankommt, ist, die gegenseitige Bekämpfung zu vermeiden. Gar manche Kräfte, die bei einem solchen Kampfe abseits stehen, weil sie sich scheuen, für eine der beiden Teile Partei zu ergreifen, würden bei einem, vom Interesse der bürgerlichen Gesellschaft eingegebenen Zusammenwirken der öffentlichen und privaten Anstalten zur Unterstützung verfügbar sein. Dr. Hermes hat hierbei z. B. die bürgerliche Presse im Auge. Möge der alte deutsche Fehler der Sonderbündelei auf dem Gebiete der Volksversicherung nicht wiederum seine verhängnisvollen Folgen herbeiführen!

Politische Übersicht. Bundesratsbeschlüsse.

Der Bundesrat überwies den Entwurf des Gesetzes über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammer-Unterwiesenthal-Weipert den zuständigen

Ausschüssen. Zugestimmt wurde dem Ergänzungsantrag des Königreichs Sachsen betr. die Erhöhung des Betrags anlässlich der bei der Einweihung des Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig zu prägenden Denkmünzen, der Vorlage betr. Änderung der Tarifsätze, der Vorlage betr. Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung, ferner der Vorlage betr. den Vollzug des § 200 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Zur Annahme gelangten der Antrag zur Genehmigung der Änderung der Satzung der Pensionskasse gemäß § 1360 A.B. und die Vorlage betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 392 des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Der württembergische Etat.

Dem württembergischen „Staatsanzeiger“ zufolge bezeichnete der Finanzminister in seinem Vortrage zum Etat diesen als nicht ungünstig, da es sich habe ermöglichen lassen, trotz erheblicher Mehrforderungen, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß im Wirtschaftsleben eine Verschlechterung nicht eintritt. Der Staatsbedarf beträgt für 1913 118 828 521 Mark, für 1914 121 622 658 gegen den Etatlag von 1912 mehr 7,8 bzw. 10,2 Millionen Mark. Die Einnahmen sind veranschlagt auf Mark 119 059 073 bzw. 122 018 620. Hiervon entfallen 63,1 bzw. 64 Millionen auf die Landessteuern. Die Steigerung der Einnahmen wurde hauptsächlich durch die Überschätzung der Einnahmen bei den Verkehrsanstalten und den direkten Steuern erreicht. Der Überschuß beträgt für 1913 Mark 230 552, für 1914 325 962 Mark. Für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrsanstalten und für die Landeswasserwerkverjüngung müssen aber Anleihen im Betrage von 42 Millionen ausgegeben werden, die mit je 24 Millionen Mark auf die beiden Etatsjahre verteilt werden.

Aus Heer und Marine.

Der bayerische Generalsstabschef ist, wie die Blätter melden, durch eine Verfügung des Prinzregenten Ludwig nun endgültig abgesetzt worden. Als offizielles Befehlswort des Generals ist er schon vor etwa zehn Jahren aus der bayerischen Armee ausgeschieden. Prinzregent Luitpold und seine persönlichen Adjutanten haben ihn noch bei feierlichen Anlässen. Jetzt ist der Helm mit Bedenken eingezogen.

Von der französischen Fremdenlegion. Die Zeitung „La France militaire“, die Monat um Monat über den Zuwachs der französischen Fremdenlegion, offenbar auf Grund amtlichen Materials, Auskunft gibt, teilt, wie die „M. A. C.“ meldet, soeben mit, daß während des Dezember 1912 vier Franzosen und vierunddreißig Ausländer von dem Rekrutierungsbureau in Mexiko für die Legion angeworben worden sind. Unter den Ausländern befanden sich ein Italiener, drei Schweden, drei Luxemburger, vier Belgier, vier Österreicher — und einundzwanzig Deutsche! Die Zeitung fügt hinzu, daß ein Teil der Ausländer aus Desertierungen bestand, gibt aber nicht an, wie viele es waren. Trotz aller aufblühenden Arbeit, die in den letzten Jahren von unseren Behörden und von militärischen Schriftstellern unternommen worden ist, ergänzt die französische Fremdenlegion sich also in einer recht und Sitte hochsprechenden Weise noch immer zu meist aus Söhnen des deutschen Reiches. Das ist eine bedauerliche Tatsache, auf die nicht oft genug hingewiesen werden kann.

108 747 900 M. sollen im Etatsjahr 1913 zur Ausmünzung kommen und zwar in Doppelkronen 78 000 000 Mark, in Kronen 8 130 000 M., in Silbermünzen sollen für 19 101 975 M. ausgeprägt werden. Dafür in 3 M. Stücken, die eine recht beliebte Münze wieder geworden sind, für 12 870 126 M., in Nickelmünzen für 3 115 925 Mark. Interessant ist, daß in 25 Pfennigstücken für 1 354 750 M. ausgeprägt werden sollen. Es geht also deutlich daraus hervor, daß das 25-Pfennigstück noch nicht auf den Aussterbeetat gesetzt ist. An Kupfermünzen werden insgesamt für 400 000 M. ausgeprägt.

Das neue preussische Eisenbahnangeleiengesetz, das in diesem Jahre dem Landtage früher als sonst zugehen wird, wird eine Summe von 281 Millionen verlangen. Es enthält u. a. eine Forderung für die Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Salzgitter-Meinungen.

Aus dem Elsaß-Lothringischen Landeshaushalt für 1913. Im Etat des Landtags für Elsaß-Lothringen ist als Entschädigung der Mitglieder einchl. Reisekostenvergütung die Summe von 225 000 M. vorgesehen, gegenüber 160 000 M. im Vorjahre. Die Vergütung der Reisekosten für die Mitglieder der beiden Kammern beläuft sich auf 5000 M. Die Summe der Entschädigung der Mitglieder der Ersten Kammer beträgt 55 000 M., die für Mitglieder der Zweiten Kammer 165 000 M. Unter den einmaligen Ausgaben der Universität findet sich eine Forderung von 214 000 M. als zweite Rate für den Neubau eines Instituts für Hygiene und Bakteriologie.

Thüringische Maßnahmen gegen die Zigeuner. Zwischen Vertretern der thüringischen Staaten, einschließlich des preussischen Thüringens, hat in Kassel eine Konferenz stattgefunden, in der Maßnahmen gegen das Zigeunerumwesen in Mitteldeutschland beschlossen wurden.

Zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche. Die Insel Riems im Kreise Grimmen in Pommern ist zum Zwecke der Errichtung und des Betriebes eines Forschungsinstituts über Maul- und Klauenseuche von der preussischen Veterinärverwaltung gepachtet worden. Der Etat

will nun diese Insel erwerben. Die wissenschaftliche Maul- und Klauenseucheforschung wird, wie sich voraussehen läßt, in absehbarer Zeit nicht zum Abschluß gelangen. Und die Frage nach dem Erreger der Krankheit und der Gewinnung wirksamer und praktisch verwendbarer Schutzmittel wird noch lange Jahre die Veterinärwissenschaft beschäftigen. Deshalb soll die Forschungsanstalt auf Riems nach Beendigung des 1916 ablaufenden Pachtvertrages geachtet werden, was nach dem kürzlich erfolgten Ableben des Besitzers nur durch den Ankauf der Insel geschehen kann. Die Insel kostet 60 000 M.

Arbeitsvertrag im Malergewerbe. Am Gewerbegericht Berlin fanden am Donnerstag Verhandlungen über einen neuen, für ganz Deutschland abzuschließenden Arbeitsvertrag der Maler statt. Als Unparteiische wirkten mit: Dr. Brenner-München, Magistratsrat von Schulz-Berlin und Rat-Essen. Zu Beschlüssen kam es nicht.

Die württembergischen Sozialdemokraten bei der Eidesleistung. Bei der bereits gemeldeten Eröffnung des württembergischen Landtags am Donnerstag entzogen sich die neugewählten Sozialdemokraten, wie die „Köln. Sta.“ meldet, der Eidesleistung in die Hand des Königs.

Zeitungsstimmen.

Die ideellen Werte des Krieges hebt der Sozialdemokrat Mag. Maurenbrecher in der Zeitschrift „Freies Wort“ folgendermaßen hervor:

Man kann die gemachten Erfahrungen in dem allgemeinen Satz zusammenfassen, daß für Staaten u. Staatsformen, die noch nicht zur Vollendung gekommen sind, die den natürlichen Grad ihrer Ausbreitung noch nicht erreicht haben, der Krieg und auch der Eroberungskrieg eine unbedingte Notwendigkeit ist. Er ist schrecklich und grauam. Aber es soll trotzdem der Satz gelten, daß große Umwälzungen zwischen den Staaten, wirkliche Veränderungen der politischen Organisationen ganzer Erdteile bisher noch niemals möglich gewesen sind ohne den Krieg. Der Krieg ist nicht nur Schrecken und Tod. Er ist oft genug auch die Ermöglichung einer höheren Organisationsform der Menschheit und ist damit auch und liegt in der Linie des menschlichen Fortschritts. Und wenn dem so ist, so muß er gewollt werden! So muß man auch innerhalb der menschlichen Kulturperiode der Menschheit den Willen und die Entschlußfähigkeit in der Jugend erziehen, unter Umständen auch das eigene Leben wegzulassen zu können, um der weltgeschichtlichen Zukunft willen, die eben durch einen solchen Krieg möglich gemacht werden soll.

Ausland.

Schubert (Galizien) 9. Jan. Heute vormittag fand in engstem Familienkreise die Vermählung der Erbprinzessin Eleonore, der Tochter des Erzherzogs Karl Stephan, mit dem Linienschiffleutnant v. Klotz statt.

Paris, 9. Jan. Das Ergebnis der indirekten Steuern und Monopole überstieg im vergangen Jahre den Veranschlag um rund 242 Millionen, blieb jedoch um 88 1/2 Millionen gegen die Einnahmen des Jahres 1911 zurück.

St. Petersburg, 9. Jan. Ein Bescheid des Ministeriums, der jetzt veröffentlicht worden ist, verbietet es Fremden iniegern, die westliche Grenze vom 14. Januar bis 14. Juli 1913 zu überschreiten. Falls sie auf ein Signal nicht landen, werden erstere Maßnahmen ergriffen werden, und es wird sogar scharf auf sie geschossen werden.

Zarskoje-Selo, 9. Jan. Im Gegensatz zu anderslautenden Nachrichten findet der Neujahrsempfang beim Kaiser unter Teilnahme des diplomatischen Korps in Zarskoje-Selo statt. Damen werden an dem Empfang nicht teilnehmen, da die Kaiserin-Mutter durch heftiges Gliedweh verhindert ist und die Kaiserin Alexandra-Geodornowa den Anstrengungen eines offiziellen Empfangs sich nicht unterziehen darf. Die Gerüchte über einen Schlaganfall der Kaiserin-Mutter und einen neuen Krankheitsrückfall des Großfürsten-Thronfolgers sind un wahr.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Ministers Dr. Freiherrn von Bodman, des Geheimen Legationsrats Dr. Seyd und des Geheimrats Dr. von Nicolai.

Zum Präsidentenwechsel im Badischen Militärvereinsverband.

Das Badische Militärvereinsblatt veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer die Änderungen im Präsidium des Verbands- und gibt zunächst die Handschriften des Großherzogs an Generalleutnant z. D. Fritsch und Generalleutnant z. D. Baenker von Dankenschweil bekannt.

Zu einem besonderen Artikel verabschiedet sich sodann der bisherige Präsident, nunmehrige Ehrenpräsident des Badischen Militärvereinsverbandes, Generalleutnant z. D. Fritsch. Er spricht seinen warmen Dank aus für die wertvolle Unterstützung, welche ihm in seiner mehr als 10jährigen Tätigkeit im Präsidium von seinen Kameraden, insbesondere der Herren Vizepräsidenten, Präsidialmitglieder und Gauvorstehenden jederzeit zuteil geworden, und dankt weiter den Vereinsvorständen und Kameraden in den Vereinen für das freu kameradschaftliche Zusammenwirken, für die edlen Bestrebungen des Militärvereinswesens.

Der neue Präsident, Generalleutnant Baenker von Dankenschweil entbietet sodann den Kameraden seinen

Kameradschaftlichen Gruß und betont weiter: Seine königliche Hoheit der Großherzog hat bei meiner Meldung dem Wünsche Ausdruck gegeben, die Geschäfte in den bisherigen bewährten Bahnen weiter zu führen. Diefem Allerhöchsten Befehle zu entsprechen, wird mein ernstes Bestreben sein. Ich rechne dabei auf die Unterstützung aller Kameraden und bitte dieselben, mir ihr geschätztes Vertrauen entgegenzubringen, wie das auch von meiner Seite geschehen soll. So darf ich mich der Hoffnung hingeben, daß unsere gemeinsame Arbeit eine geeignete und erfolgreiche sein wird und unser schöner Badischer Militärvereinsverband alle Zeit eine Vereinigung alter Soldaten von wahrer, vaterländischer und kameradschaftlicher Gesinnung bleiben wird.

Am 7. Januar fand unter dem Vorsitz des Ehrenpräsidenten Generalleutnant z. D. Fritsch eine Sitzung des Gesamtpresidiums statt, in welcher der Vorsitzende dem dem Wechsel im Präsidium Mitteilung machte. Er sprach den Wunsch aus, von einer beabsichtigten Abschiedsfeier Abstand zu nehmen und versprach, auf dem diesjährigen Abgeordnetentag zu erscheinen. Er begrüßte sodann den neuernannten Präsidenten Generalleutnant z. D. Woelfer von Dankensweil, der für die herzlichen Worte der Begrüßung dankte.

Der Jungdeutschlandbund Baden

hat nach bald einjährigem Bestehen schon recht erfreuliche Fortschritte für seine Bestrebungen zu verzeichnen. Dem Bunde haben sich bis jetzt 394 Vereine, worunter 143 Turnvereine, 10 Ortsvereine, 17 Pfadfinderkorps, 68 Spiel- und Sportvereine, 145 katholische, 2 evangelische Jünglingsvereine und 9 sonstige Vereine angeschlossen. An Vereinsmitgliedern zählt der Bund über 37 000, wobei die Einzelmitglieder nicht eingerechnet sind. Von letzteren wäre ein zahlreicherer Beitritt sehr zu wünschen, denn nur durch freiwillige Beiträge kann die Bundesleitung über Mittel zur allernotwendigsten Unterstützung der Vereine verfügen. In jüngster Zeit ist der Südwestdeutsche Verband für Leichtathletik (Olympischer Sport) als selbständige Organisation dem Jungdeutschlandbund Baden beigetreten. Der Bund heißt diese Vereine herzlich willkommen und ist noch besonders dafür dankbar, daß der genannte Leichtathletikverband ähnlich den Turnvereinen bereit ist, den dem badischen Jungdeutschlandbund angeschlossenen Vereinen auf Ersuchen geeignete Lehrkräfte zu überlassen; auch sind von ihm die Sportvereine in Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe (Durlach) und Mannheim angewiesen worden, möglichst ihre Übungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Am 26., 27. und 28. März d. J. findet in Karlsruhe und Freiburg ein Führerkursus statt, wozu unter anderem auch das Militär, die Turn- und Sportvereine, sowie die Pfadfinder freundlicherweise ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Niedriger hängen!

Die demokratische „Neue Konstanzer Abendzeitung“, bespricht in einem Artikel das Verhältnis von Monarchie und Demokratie zueinander und leistet sich dabei folgende Sätze:

„Wie die Monarchie ein Produkt menschlicher Schwäche und die Demokratie eine Spekulation auf die menschliche Rechtfertigung, auf die Tugend des einzelnen und der Gesamtheit. Im Prinzip der Monarchie liegt die Entwürdigung des Menschen, im Prinzip der Demokratie seine Erhebung, dort ist er Objekt, ein Neutrum, das nur mit seiner Gesamtziffer multipliziert wird, hier aber ist er nichts als Mensch, politisch gleichberechtigt und gleichwürdig die Fürsorge und Erziehung. Daher endlich ist das Prinzip der Monarchie das des „Patriotismus“ und der „Religion“, während das demokratische Prinzip das der Bildung ist. Die Monarchie ist darauf eingestellt, über Sklaven zu herrschen, sie hat instinktiv die Aufklärung und Bildung, die unruhige Kräfte erzeugt, zu scheuen, und liebt die Schule nur, so weit sie notwendig ist, um das Gewehr zu handhaben, das bekanntlich auch gegen den „inneren Feind“ vorhanden ist. Die Demokratie aber hat höchste Aufklärung, höchste Bildung, und das heißt die Selbstständigkeit des Menschen zu ihrem Gegenstande, und zu hoffen und zu fürchten hat sie nur die Unbildung und Unfreiheit des Volkes. Es ist der Geist, der im Volke lebt und sein Schicksal bestimmt. Die Demokratie ist die Herrschaft der Tugend. Sie hört auf zu herrschen, wo diese fehlt.“

Ein Kommentar zu diesen Auslassungen wäre unter unserer Würde.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Fall Cohausz im Reichstag.

Berlin, 11. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) fragt: Ist es dem Herrn Reichszentralrat bekannt, daß das Großherzoglich badische Ministerium des Innern einen auf den 11. Dezember 1912 in Pforzheim angekündigten Vortrag eines Jesuiten mit dem Thema: „Die Wahrheit über den Jesuitenorden“ verboten hat und hält er dieses Vorgehen mit seiner Erklärung vom 4. Dezember 1912 über den Bundesratsbeschluss vom 28. November 1912 für vereinbarlich?

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Großherzoglich badische Ministerium des Innern hat auf die Ankündigung des für den 11. Dezember in Pforzheim zu haltenden Vortrages des Jesuitenpaters Cohausz über das Thema die Wahrheit über den Jesuitenorden dem Genannten und dem Veranstalter des Vortrages eröffnen lassen, der

Vortrag dürfte nicht gehalten werden, da angenommen werden müsse, daß das religiöse Gebiet berührt werden würde. Vom Standpunkt dieser Annahme aus entspricht die Entscheidung dem Bundesratsbeschluss vom 28. November 1912. Die Entscheidung darüber, ob die Annahme selbst zutrifft, steht nicht dem Reichszentralrat zu. Hierüber haben allein die zuständigen Landesbehörden im geordneten Instanzenweg zu entscheiden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Entscheidung für den vorliegenden Fall gegenüber der in Baden bisher geübten Praxis als eine gewisse Verschärfung gewirkt hat, gegenüber der herrschenden Übung kann jedoch eine solche Verschärfung nur in vereinzelten Fällen eintreten, da die vom Bundesrat gegebene Auslegung für die Praxis i. a. Einklang steht, wie sie in der Mehrzahl der Bundesstaaten und der überwiegenden Teile des Reichsgebietes von jeher geübt hat. Die Schwierigkeit für eine gleichmäßige Handhabung der Vorschriften liegt weniger in ihrer Auslegung als vielmehr darin, daß ihre Durchführung im einzelnen Falle sich in der Regel auf überragende Maßnahmen wird beschränken müssen. Da in den Vorschriften des Gesetzes und der Verordnung der Nachdruck einer Strafandrohung gesetzt, so kommt es bei der Durchführung immer darauf an, wie nach der Annahme der zur Entscheidung berufenen Behörde der voraussetzliche Inhalt des Vortrages zu beurteilen sein würde (Heiterkeit). Aus dem wesentlichen präventiven Charakter des Einschreitens erklärt es sich auch, daß die Behörden in Elsaß-Lothringen bei geringer Abweichung in der Abfassung des Themas und gegenüber der Verschärfung des Vortrages, das religiöse Gebiet nicht berühren zu wollen, keinen Anlaß gefunden hat, den Vortrag in Straßburg zu verhindern (Heiterkeit). Solche Ungleichheiten in der Handhabung der Vorschriften würde keine — wie immer auch lautende — Fassung des Bundesratsbeschlusses vollständig hindern können. Wenn der Herr Reichszentralrat am 4. Dezember 1912 ausgeführt hat, daß es nicht Zweck und Absicht des Bundesratsbeschlusses vom 28. November gewesen sei, die bestehende Praxis zu ändern, so hat er die bisher allgemein übliche ruhige und zurückhaltende Handhabung ins Auge gefaßt. Die hierüber bei den Bundesregierungen bestehende Einigkeit rechtfertigt die Erwartung, daß auch künftighin die Handhabung der Vorschriften von dem gleichen Geiste getragen sein möge. (Lachen und Heiterkeit im Zentrum.) Damit ist die kurze Anfrage erledigt.

Berlin, 10. Jan. Der sozialdemokratische Abgeordnete Koch hat an den Reichszentralrat folgende kurze Anfrage gerichtet: „Ist es zutreffend, daß die Typhusepidemie im ersten Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 3 in Genua durch Unsauberkeit in der Bataillonküche entstanden ist? Und daß es 2½ Wochen gedauert hat, bis die Militärärzte die Art der Erkrankung festgestellt haben? Kann der Herr Reichszentralrat bestätigen, daß alles geschehen ist, um eine Übertragung der Epidemie auf weitere Volksteile zu verhindern?“

Berlin, 10. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie wir hören, ist der Attaché Dr. jur. Freiherr von Berckheim, bisher bei der Kaiserlichen Botschaft in Paris, vor kurzem dem Kaiserlichen Konsulat in San Franzisko zur weiteren Ausbildung zugeteilt worden. Er ist ein Sohn des hiesigen Großherzoglich Badischen Gesandten Winkl. Geh. Rats Graf von Berckheim.

Straßburg, 10. Jan. Am 8. d. M. verschied hier nach kurzer Krankheit an Herzschwäche der Bezirksreferent im Ministerium, Geheimrat Obermedizinalrat Dr. Pawollek.

Stuttgart, 10. Jan. Die Zweite Kammer wählte heute den Abg. Kraut (Bauernbund, konservativ) mit 45 Stimmen zum Präsidenten. Kaufmann (Volkspartei) erhielt 32 Stimmen. — Die Erste Kammer wählte zum ersten Vizepräsidenten Staatsrat von Buhl und zum zweiten Vizepräsidenten Staatsrat Freiherrn von Du. Durch die Wahl von Buhl sollte — da bisher stets ein standesherrliches Mitglied des Hauses erster Vizepräsident gewesen war — den veränderten Verhältnissen in der Zusammensetzung und Verfassung des Hauses Rechnung getragen werden.

Paris, 10. Jan. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet: Der erste türkische Delegierte Reschid Pascha habe von seiner Regierung eine Depesche erhalten, in der unzweideutig erklärt wird, daß die Türkei, welche Schritte und welche PreSSION die Großmächte auch immer unternehmen sollten, fest entschlossen sei, Adrianopel und die Inseln nicht abzutreten. Die Depesche fügt hinzu, die Porte halte es für wenig passend, daß die türkischen Delegierten ihren Aufenthalt in London verlängern. Was Konstantinopel anlangt, so hätten die Vertreter erklärt: „Welchen Eindruck sollte eine derartige Demonstration auf uns machen? Seit zwei Monaten befinden sich Kriegsschiffe aller Mächte auf der Reede vor Konstantinopel und die Bevölkerung der Hauptstadt ist an diesem Anblick bereits gewöhnt. Diese Demonstration mag ein unfreundlicher Akt und ein Beweis für die Einmütigkeit der Großmächte in der Frage von Adrianopel sein, aber sie wird uns gleichwohl gleichgültig lassen. Man kann Konstantinopel nicht bombardieren und man wird es niemals wagen. Die PreSSION der Mächte mit oder ohne Demonstration wird vollständig wirkungslos bleiben.“ — Von bulgarischer Seite erfährt dasselbe Blatt: General Sawow habe in seiner Unterredung mit dem türkischen Minister in Istanbul folgende Worte gesprochen: „Wenn Sie Adrianopel nicht abtreten und uns zwingen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, dann können Sie sicher sein, daß Sie nicht nur Adrianopel, sondern eine noch viel wichtigere Stadt verlieren werden.“

Stand der Badischen Bank

am 7. Januar 1913.

Aktiva.	
Metallbestand	8 133 980 M. 67 Pf.
Reichskassenscheine	18 150 „ —
Noten anderer Banken	2 544 810 „ —
Wechselbestand	23 068 558 „ 95
Rombardforderungen	9 302 095 „ —
Effekten	249 469 „ 96
Sonstige Aktiva	4 701 868 „ 53
	48 018 932 M. 51 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 250 000 „ —
Umlaufende Noten	19 948 900 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	15 171 666 „ 28
An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	1 648 366 „ 23
	48 018 932 M. 51 Pf.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 400 085 M. 37 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 11. bis mit 20. Januar 1913.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Angegeben ist der Preis für Sperrsitze 1. Abteilung.

Samstag, 11. Jan. Abt. A. 30. Ab.-Vorst. Neu einstudiert. „Colberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Hefke. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 12. Jan. Nachm. halb 2 Uhr. Für den Verein Volksbildung: „Herrgottsmusikanten“, Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Herzog. Anfang halb 2 Uhr, Ende 4 Uhr.

Abends 6 Uhr. Abt. C. 30. Ab.-Vorst. „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt von Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauss, zu spielen nach dem „Bürger als Edelmann“ des Molière. Anfang 6 Uhr, Ende nach 10 Uhr. (6 M.)

Montag, 13. Jan. Abt. A. 31. Ab.-Vorst. „Ein Waffengang“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Anfang halb 8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4 M.)

Dienstag, 14. Jan. Abt. B. 30. Ab.-Vorst. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in 3 Akten von Smetana. Anfang halb 8 Uhr, Ende 10 Uhr. (4.50 M.)

Donnerstag, 16. Jan. Abt. C. 29. Ab.-Vorst. „Colberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Hefke. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4 M.)

Freitag, 17. Jan. Abt. A. 32. Ab.-Vorst. „Bar und Zimmermann“, komische Oper in 3 Akten von Lorzing. Anfang halb 8 Uhr, Ende 11 Uhr. (4.50 M.)

Sonntag, 18. Jan. 19. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise. „Prinzessin Dornröschen“, Weihnachtsmärchenkomödie in 5 Akten von Görner. Anfang 4 Uhr, Ende halb 7 Uhr. (2 M.)

Abonnentenverkauf am Montag den 13., vormittags 9 bis halb 11 Uhr. Reihenfolge C, A, B, je eine halbe Stunde.

Allgemeiner Vorverkauf von Dienstag den 14., vormittags 9 Uhr an.

Sonntag, 19. Jan. Abt. A. 33. Ab.-Vorst. „Die Walküre“, in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach 11 Uhr. (6 M.)

Montag, 20. Jan. Abt. C. 31. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Das Wingerfest“, ein griechisches Singspiel von Albert Geiger (Uraufführung). Anfang halb 8 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr. (4 M.)

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 16. Jan. 16. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Ein Waffengang“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 19. Jan. 17. Ab.-Vorst. „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr.

vom 10. Januar 1913.

Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche wie am Vortag, indem die Barometerstände von dem seit gestern über Nordosteuropa lagernden Maximum bis zu einer im Nordwesten gelegenen Depression abnehmen. In Deutschland, das noch dem Hochdruckgebiet angehört, ist das Wetter bei östlichen Winden und leichtem Frost teils heiter, teils neblig geblichen. Eine Änderung der Wetterlage ist vorerst nicht zu erwarten, es wird deshalb das heitere oder neblige und rauhe Profiwetter anhalten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 10. Januar, früh:

Lugano dunstig — 2 Grad, Triest wolfig 0 Grad, Florenz bedeckt 2 Grad, Rom wolkenlos 0 Grad, Cagliari heiter 3 Grad, Brindisi heiter 3 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
9. Nachts 6 ⁰⁰ U.	756.0	-0.8	3.8	87	NO	bedeckt
10. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	754.7	-1.5	3.5	84	„	Hochnebel
10. Mittags 2 ⁰⁰ U.	754.2	-1.0	3.2	74	„	bedeckt

Höchste Temperatur am 9. Januar: 0.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 10. Januar, 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 10. Januar früh: Schusterinsel 1.10 m, gefallen 3 cm; Rehl 2.05 m, gefallen 6 cm; Magau 3.62 m, gefallen 10 cm; Mannheim 2.91 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen Dr. Hommel's Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarkt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

Enorme Vorteile

beim Einkauf v. **Trikotagen, Handschuhen** und **Strümpfen** bietet Ihnen mein großer

Inventur-Ausverkauf

JETZT

ist die beste Gelegenheit riesig preiswert einzukaufen

5000 Stk. Trikotagen

Normal-Herren-Hemden und -Hosen, Einsatz-Hemden, Macco-Herren-Hemden -Hosen und -Jacken

Serie	1	2	3	4
jetzt	95	125	160	195

Ein Posten **Herren-Socken**, reine Wolle gewebt, beste Qualität, in vielen Farben **jetzt 75**

Ein Posten **Herren-Handschuhe** Wildleder imitiert **jetzt 75**

Ein Posten **Herren-Handschuhe** Wildleder imitiert mit Lederfassung und Ia. Futter, Wert bis 2.— **jetzt 95**

Hugo

Landauer

Karlsruhe.

Kaiserstraße 143/145.

Der Zeitungs-Verlag

Das Zeitungswesen

ist für jeden, der sich mit öffentl. Angelegenheiten beschäftigt, ein Gegenstand der größten Aufmerksamkeit. Wer sich über alle Fragen dieses Gebietes genau unterrichten will, muß den „Zeitungs-Verlag“, das Organ des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger, Magdeburg, lesen.

Probe-Nummern gibt die Geschäftsstelle kostenlos ab

Fortsetzung des

Räumungs-Verkaufs

bis einschl. Montag den 20. Januar d. Js.

der grosse Vorteile zum Einkaufe moderner geschmackvoller und solider Waren bietet

Wir offerieren:

- Woll-, Seiden-, Jüll- und Spitzen-Blusen mit 10 bis 40% Rabatt
- Batist- und Voile-Blusen mit 20 bis 33 1/2% Rabatt
- Waschkleider mit 20% Rabatt
- Morgenröcke und Matinées mit 10 bis 20% Rabatt
- Seiden-, Woll- u. Wasch-Unterröcke mit 10 bis 20% Rabatt
- Kinderkleider, Mäntel, Ueberjacken, Häubchen, Mützen etc. mit 20% Rabatt.

Verkauf ohne Auswahlsendung und Umtausch.

Änderungen zum Selbstkostenpreise. — Verkauf nur gegen bar

Auf alle übrigen Artikel 10% Rabatt.

Geschwister Baer

Spezialhaus für Braut- und Kinder-Ausstattungen

Waldstr. 49

Telephon 579

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.103.2 Radolfzell. Witheim Sperle, minderjährig, vertreten durch seinen Vormund Michael Sperle, Privatnotar, beide in Esslingen.

Prozessvollmächtigter: Rechtsanwalt Seidel in Aalen, klagt gegen den Beklagten Jakob Heidecker, zuletzt in Radolfzell, jetzt unbekanntes Aufenthaltsort, auf Grund des § 1708 BGB, mit dem Antrag auf Vorurteilung zur Zahlung einer voranzahlbaren Unterhaltsrente von vierzehnjährlich 45 M. an den Kläger von seiner Geburt — 14. Februar 1912 — bis zu seinem vollendeten 16. Lebensjahre und eventuell auch über diese Zeit hinaus.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht Radolfzell, Zimmer Nr. 21, auf Donnerstag, 6. März 1913, vormittags 9 Uhr, geladen.

Radolfzell, 8. Jan. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.125. Gengenbach. Über das Vermögen des Sägereibesetzers Josef Duffner in Reichelsbach wurde heute am 7. Januar 1913, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Wilhelm Garter in Gengenbach wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. Januar 1913 einschließlich bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses u. eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 31. Januar 1913, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder z. Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 23. Januar 1913 Anzeige zu machen.

Gengenbach, 7. Jan. 1913. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.116. Meßkirch. Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen im Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauereibesetzers Emil Waldschütz in Meßkirch ist auf Donnerstag, 23. Jan. 1913, vormittags 10 Uhr, vor Großh. Amtsgericht dahier bestimmt.

Meßkirch, 3. Jan. 1913. Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

3.120. Säckingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hermann Meißle Ehefrau Lina geb. Dannenberger in Dös, Inhaberin der Firma L. Dannenberger, Möbelgeschäft in Wädlich Rheinfelden, wurde Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag den 31. Jan. 1913, nachmittags 4 Uhr, vor Großh. Amtsgericht Säckingen, 9. Jan. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursveröffnungs- 3.131. Waldshut. Über das Vermögen des Schweinehändlers Josef Huber in Unteralfpen wurde heute am 8. Jan. 1913, nachmittags 4 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeindefiskus keine Zahlungsunfähigkeit eingezogen hat.

Der Rechtsanwalt März in Waldshut wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 30. Januar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses u. eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 7. Febr. 1913, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder z. Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. Januar 1913 Anzeige zu machen.

Waldshut, 8. Jan. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

Strafrechtspflege.

3.93.3. Waldshut. Der Alteisenhändler Georg Blüh von Bamberg, 47 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Kitzingen, dessen Aufenthalt unbekannt ist, und welchem zur Last gelegt wird, daß er am 11. und 12. April 1912 in Waldshut Alteisen zum Wiederverkauf aufgekauft habe, ohne im Besitz eines Wandergewerbebescheinigung zu sein und die Wandergewerbebesteuer für sich und seine Hilfsperson entrichtet zu haben, und zwar in der Absicht, die Steuer zu hinterziehen, Übertretung gegen §§ 1 (1); 2 (1); 3 (1) und (2); 4 (1); 12 (1) WStG, wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierseits auf Dienstag den 25. Febr. 1913, vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht in Waldshut zur Hauptverhandlung geladen.

Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden.

Waldshut, 24. Dez. 1912. Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

Der dhiedene Bekanntmachungen.

Die Gesellschaft ist durch Gesellschafterbeschuß vom 30. Dezember 1912 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden. D.931.3.2.1. Mannheim, 30. Dez. 1912. Ruhrthien.

Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. 2. Der Liquidator: E. Egert.

Holzversteigerung des Gr. Forstamts Meßkirch: Freitag den 17. Januar l. J., früh 10 Uhr, im Adler in Schwandorf: aus den Abteilungen I: 1, 2, 10, bis 13, Archnapfen, Hoehner, ob der Gasse, Homburg und Einschlöß: 62 Stück Nadelstämme und Abschnitte II.—VI. Klasse, 14 Buchen V. Klasse, ca. 3000 Stangen und Stößen, 760 Eter hude, gen. und Radelscheiter und Krügel, 2435 Stück Krügelwellen, 38 Lose Durchfortungsreis und 21 Lose Schlagraum. Fortwärt Kohler in Schwandorf jetzt das Holz auf Verlangen.

Holz-Versteigerung. Nr. 104. Karlsruhe. Aus den Domänenwäldungen des Forstamts Karlsruhe werden mit halbjähriger Vorfrist versteigert: 3.119. I. Freitag, 17. Januar 1913, vormittags 10 Uhr, im Adler in Forchheim: aus Distrikt Kastenwirth, Schlag 2: 1 Akazie V., 1 Birnbaum V., 2 Linden III., 4 Pappel V. und 1 Nfse III. Klasse, 4 Eter Lindenrollen, 1 Eichen- und 1 Akazienholzstange, 4 Buchene, 127 gemischte (Buchen mit Eichen, Ahorn, Buchen, Linden) und 44 weiche Scheit- und Krügelstämme, 325 gemischte Wellen und 2 Lose Abraum.

II. Samstag, 18. Jan. 1913, vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathaus in Leopoldshafen: aus Distrikt Neupforzertopf, Schlag 3: 5 Eichenstämme IV., 13 Eichen III., IV. und V., 8 Buchen III. und IV., 8 Säppapeln I., II. und III., 7 eigene Kieferholzstämme, 12 Eichenholzstämme, 90 Eter hartes und 32 Eter Pappel, Scheit- u. Krügelholz, 925 gemischte Wellen, 1 Los Abraum.

Das Holz wird von 9 Uhr an in den Schlägen vorgelegt. Lizen sind zu beziehen zu 50 Pf. von Fortwärt Kohler in Forchheim und Domänenwaldbauverwalter Maier von Eggenstein.

Ruhholz-Versteigerung

Die Gemeinde Ottersdorf versteigert am Montag den 13. Januar 1913, vormittags 10 Uhr anfangend, in ihrem Siebtschlag nachbezeichnetes Stamm- und Ruhholz:

Eichen: 14 I., 34 II., 61 III., 35 IV. und 7 Stück V. M. von 76 cm Durchmesser und 5,44 Festm. abwärts.

Erlen: 5 IV. und 52 Stück V. M. von 34 cm Durchmesser und 0,91 Festm. abwärts.

Eichen: 5 IV. und 16 Stück V. M. von 34 cm Durchmesser und 0,83 Festm. abwärts.

Akazien: 10 V. u. 15 Stück VI. M. von 28 cm Durchmesser und 0,31 Festm. abwärts.

Bellen: 4 III., 7 IV. und 2 Stück V. M. von 42 cm Durchmesser und 1,66 Festm. abwärts.

Buchen: 1 I., 2 II. und 2 Stück III. M. von 62 cm Durchmesser und 1,51 Festm. abwärts.

Birken: 1 IV. und 1 Stück V. M. von 32 cm Durchmesser und 0,32 Festm. abwärts.

Kirschenbaum: 1 IV. und 3 Stück V. M. von 32 cm Durchmesser und 0,64 Festm. abwärts.

Rosen: 1 III., 6 IV. und 5 Stück V. M. von 41 cm Durchmesser und 1,06 Festm. abwärts.

Weiden: 1 II., 5 III., 8 IV. und 1 Stück V. M. von 59 cm Durchmesser und 3,28 Festm. abwärts.

Birnbaum: 1 Stück IV. M. von 31 cm Durchmesser und 0,45 Festm. abwärts.

Ferner 14 Eter weidenes Ruhholz. D.925. Zusammenkunft beim Siebtschlag an der Rheinener Straße. Ottersdorf, 7. Jan. 1913. Das Bürgermeisteramt. H. Hrig. Müller.

Ruhholzversteigerung des Forstamts Forchheim am Dienstag den 21. Januar d. J., morgens 9 Uhr, im Seehaus aus Domänenwald Hagenschlag: 224 Nadelstämme I. und II., 398 III., 1911 IV. bis VI., 1 Lärche I., 248 Nadelabschnitte I.—III., 69 Buchen II.—IV. und Nadelstangen: 2850 Weinstangen I. und II., 1545 Hopfenstangen I., 1525 II.—IV. Litzenausgang durch das Forstamt. 3.121.

Brennholzversteigerung Gr. Forstamts Rheinbischheim Donnerstag den 16. Januar 1913, vormittags 10 Uhr, im Engel in Oberbruch aus Abtismos Schrittholz Stewe: 66 Eichen, 11 Eichen, 7 Moßbuch, 6 Birken, 22 Eichen I.—III. M., 4 Krügelstämme, 32 Eichen, 61 Eichen, 4 Moßbuch, 6 Birken, 5 Pappeln, 130 Eichen, 3 Moß. I. und II. M.; Normalrollen: 5600 Kistenholz, 1700 Oberholz; 66 Eter aufbereitetes Stochholz. Domänenwaldbauverwalter Meier, Oberbruch, jetzt das Holz vor. 3.122.

Die elektr. Beleuchtungs-einrichtungen des Abrechnungsgebäudes, dreier Dienstwohngebäude sowie des Dampfloklokomotivschuppens auf dem neuen Personenbahnhof Basel sind nach Finanzministerialbestimmung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu verdingen. Pläne und Bedingungen sind gegen Einzahlung von 10 Mark erhältlich. Angebote sind verschlossen u. portofrei (Auslandsporto) mit Aufschrift: „Beleuchtung des Bahnhofs Basel“ bis 15. Februar 1913, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. 3.123.2.1. Basel, 8. Jan. 1913. Großh. Maschineninspektion.